

Medienkonferenz zum Budget 2011

Mittwoch, 22. September 2010, 10.00 Uhr, Grosses Sitzungszimmer der FKD

Referat von Yvonne Reichlin-Zobrist, Finanzverwalterin

Details zum Budget 2011

1 Entwicklung des Stellenbestandes und des Personalaufwands

Folie 13: Der prozentuale Zuwachs der Stellen zwischen 2007 und 2011 ist im Bereich des vom Regierungsrat gesteuerten Stellenplans mit 2.1 Prozent am tiefsten. In 4 Jahren sind 51 Vollstellen geschaffen worden. In allen anderen Bereichen ist eine grössere Zunahme zu verzeichnen. Bei der Abweichungsanalyse wird der organisatorische Wechsel der Statthalterämter und des Besonderen Untersuchungsrichteramtes (BUR) zur Sicherheitsdirektion und damit ein Stellentransfer von 135.5 Vollstellen nicht berücksichtigt.

Ausserhalb des Stellenplans ist in den vergangenen 4 Jahren ein weit grösseres Stellenwachstum feststellbar. Bei den Gerichten hat seit 2006 ein Stellenausbau von 11.9 Prozent (26 Stellen), bei den Spitalbetrieben ein solcher von 6.8 Prozent (194 Stellen) und beim KIGA ein solcher von 27.3 Prozent (36 Stellen) stattgefunden. Über alle Stellen - innerhalb und ausserhalb des Stellenplans gesehen - ergibt dies eine Zunahme von 5 Prozent oder 356 Stellen.

Folie 14: Aufgrund von neuen Aufgaben in den Zentralen Informatikdiensten, in der Steuerverwaltung und im Statistischen Amt sind in der FKD 8.5 zusätzliche Stellen notwendig. Dank eines Stellenabbaus in der Steuerverwaltung und im Personalamt beträgt der Stellenzuwachs jedoch nur 6.9 Stellen. Davon werden 2.8 Stellen kostenneutral von der VGD und von den Bezirksschreibereien (Zentralisierung der Veranlagung der Handänderungs- und Grundstückgewinnsteuer) in die FKD verschoben. Von den 8.5 Stellen sind also nur 4.1 Stellen kostenwirksam. Bei der BUD führt die Übernahme der Sekundarschulbauten zu einem Stellenzuwachs. In der BKSD

werden die Stellen im Generalsekretariat (strategische Schulraumplanung, Direktionsinformatik) und bei den Gymnasien (Zunahme Klassen) erhöht.

Ausserhalb des Soll-Stellenplans benötigt das Kantonsspital Bruderholz zwei zusätzliche Vollstellen. Beim KIGA ergibt sich ein Rückgang um insgesamt 2.1 Vollstellen.

Im Mehraufwand für das Personal sind 8 Mio. Franken vorgesehen für personalpolitische Massnahmen, die gegenwärtig noch mit der Arbeitsgemeinschaft Basellandschaftlicher Personalverbände ausgehandelt werden.

2 Details zur Aufwandseite (Folie 15)

Der **Sach- und Betriebsaufwand** bewegt sich dank eines restriktiven Ausgabenverhaltens auf dem Vorjahresniveau. Mehraufwendungen bei den Dienstleistungen und Honoraren (2 Mio. Franken) sowie aufgrund der Übernahme der Sekundarschulbauten (2.7 Mio. Franken Neueinmietungen) können durch Aufwandsminderungen im Bereich nicht aktivierbarer Anlagen (-2.6 Mio. Franken) und Wertberichtigungen auf Forderungen (-2.0 Mio. Franken) kompensiert werden.

Die **Abschreibungen des Verwaltungsvermögens** nehmen aufgrund der neu eingeführten Rechnungslegung ab: Anstelle der 10prozentigen Abschreibung vom Restbuchwert wird linear auf der Basis der betriebswirtschaftlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Der **Transferaufwand** umfasst die Aufwendungen im Finanzausgleich (zwischen Bund und Kantonen sowie kantonaler Finanzausgleich) und die Staatsbeiträge (Leistungsabgeltungen und Finanzhilfen). Die Ergänzungsleistungen AHV / IV machen mit einem Plus von 20.4 Mio. Franken den grössten Anteil an den Mehraufwendungen aus. Auch die Beiträge für die Prämienverbilligungen sind gewachsen und liegen um +5.1 Mio. Franken über dem Vorjahresbudget. Mehraufwendungen resultieren auch bei den Leistungsaufträgen Universität Basel, FHNW, Investitionsbeiträge für Alters- und Pflegeheime sowie Straf- und Massnahmenvollzug.

Im Transferbereich resultieren auch Minderaufwendungen, und zwar im Bereich des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen (anstelle eines Aufwands resultiert ein Ertrag von 3.1 Mio. Franken), bei den Spitalabkommen (-3.4 Mio. Franken) und bei den Beiträgen an Investitionen von Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr (-3.3 Mio. Franken).

3 Details zum Steuerertrag

Folie 16

Dank der positiven wirtschaftlichen Entwicklung nimmt das Steueraufkommen (Fiskalertrag) gegenüber dem Vorjahresbudget um rund 33 Mio. Franken oder 2.3 Prozent zu. Dabei fällt vor allem die Zunahme des **Einkommenssteuerertrages** von 22.5 Mio. Franken (2.5 Prozent) ins Gewicht.

Beim Ertrag aus den **Vermögenssteuern** widerspiegelt sich die bessere Börsensituation im Vergleich zum Budget 2010 in einem Plus von 1.0 Mio. Franken. Der Ertrag hängt vom Börsenstand Ende 2011 ab.

Bei den **Gewinnsteuern juristischer Personen** (+5.5 Mio. Franken resp. 4.4 Prozent gegenüber 2010) wird angenommen, dass die im Baselbiet tätigen Unternehmen ein weiteres substantielles Gewinnwachstum generieren. Im Budget berücksichtigt ist der Ertragsausfall von 3.0 Mio. Franken aufgrund der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform II des Bundes (Halbierung der Limiten für Beteiligungsabzug).

Die positive Entwicklung im ersten Semester 2010 bei der **Vermögensgewinnsteuer** lässt einen Anstieg gegenüber dem letztjährigen Budget von 3.0 Mio. Franken (12.5 Prozent) erwarten.

Entgelte: Bei den Gebühren für Amtshandlungen ist eine Zunahme von 3.0 Mio. Franken zu verzeichnen. Die Spital- und Heimtaxen sowie die Kostgelder nehmen um 7.6 Mio. Franken zu, im Gegensatz dazu sind bei den Erlösen und bei den Rückerstattungen Rückgänge zu verzeichnen. Insgesamt nehmen die Erträge im Bereich Entgelte gegenüber dem Budget 2010 um 7.3 Mio. Franken (2 Prozent) zu.

Die Sparte **Verschiedene Erträge** ist eine neue Kontenklasse gemäss HRM2, die ausgewählte Entgeltkonti aus dem alten Kontenrahmen beinhaltet. Die Zunahme von 2.8 Mio. Franken (9 Prozent) ist vorwiegend auf den Mehrertrag aus Honoraren für privatärztliche Tätigkeiten zurückzuführen.

Der höhere **Finanzertrag** im Vergleich zum Vorjahr von 12.4 Mio. Franken (14 Prozent) wird in den Bereichen Zinserträge (1.4 Mio. Franken), Liegenschaftsertrag im Finanzvermögen (4.1 Mio. Franken) und beim Anteil am Reingewinn der Kantonalbank (4 Mio. Franken) erwartet. Durch die Übernahme der Sekundarschulbauten und den geplanten Erwerb des baselstädtischen Anteils an der FHNW Muttenz entsteht zudem zusätzlicher Mietertrag.

Die Zunahme der Gemeindebeiträge von 4.1 Mio. Franken, zusammen mit den Bundesbeiträgen an Ergänzungsleistungen AHV / IV (4.1 Mio. Franken) und der Zahlung aus dem Ressourcenausgleich (3.1 Mio. Franken), bilden die grössten Posten bei der Zunahme des **Transferertrags** von 9.8 Mio. Franken. Demgegenüber stehen die Ertragsminderungen von 3.3 Mio. Franken im Bereich Bundesbeiträge an Infrastrukturvorhaben ÖV sowie 2.0 Mio. Franken Anteil an der Direkten Bundessteuer.

Im **ausserordentlichen Ertrag** ist die Entnahme von 71 Mio. Franken aus dem Eigenkapital budgetiert (Defizitbremse).

Regionale Zusammenarbeit

Folie 17

Der Leistungsaustausch mit dem Kanton Basel-Stadt (Abgeltungen an gemeinsame Trägerschaften und Leistungseinkauf) macht knapp 10 Prozent der Erfolgsrechnung des Kantons Basel-Landschaft aus. Im Bildungsbereich resultiert die Zunahme aus der Trägerschaft der Universität Basel. Im Gesundheits-, Volkswirtschafts- und Umweltbereich ist eine Abnahme von 4 Mio. Franken zu verzeichnen. Insgesamt aber nehmen die Abgeltungen von Leistungen, die im Kanton Basel-Stadt erbracht werden, um 4.5 Mio. Franken zu.

Bei den Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben sind 1.25 Mio. Franken für den Neubau des UKBB und 3.25 Mio. Franken für die Universität Basel (Neubau Schällemätteli) vorgesehen.

Ich gebe das Wort nun weiter an den Regierungspräsidenten Jörg Krähenbühl. Er informiert zum Thema Investitionen im Detail.